



Soldaten auf dem Truppenübungsplatz Hammelburg: Festnahme während der Einzelkämpferausbildung

Ob der Kriminologe der Ministerin die erhoffte politische Entlastung verschaffen wird, ist fraglich. Es ist Vorwahlzeit. Solidarität vom Koalitionspartner kann die Ministerin nicht erwarten, die SPD kritisiert sie scharf.

„Frau von der Leyen muss endlich von Selbstverteidigung auf Aufklärung umschalten“, sagt der SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Martin Schulz. „Die Prinzipien der Inneren Führung müssen nicht nur für die Soldatinnen und Soldaten gelten. Sie müssen auch im Verteidigungsministerium gelebt werden.“

Mit Blick auf die Ministerin und ihre drei Vorgänger von CDU und CSU sagt Schulz: „Seit zwölf Jahren missbrauchen Unions-Verteidigungsminister die Bundeswehr als Kulisse für ihre eigenen persönlichen Ambitionen. Das haben unsere Soldatinnen und Soldaten nicht verdient.“

Die Sozialdemokraten spielen mit dem Gedanken, einen Untersuchungsausschuss einzurichten. Für sie hätte das den Charme, die Affäre bis in die heiße Wahlkampfphase zu ziehen.

Im Berliner Bandler-Block versuchte die Ministerin bis Donnerstagabend verzweifelt, die Lage unter Kontrolle zu bekommen. Zunächst ordnete sie an, dass gegen den Vorgesetzten von Franco A. und den Rechtsberater des Streitkräfteamts, die 2014 die rassistische Masterarbeit nicht an den MAD meldeten, Ermittlungen aufgenommen werden.

Aus Sicht des Ministeriums haben sie gegen Dienstvorschriften verstoßen und werden wohl schon bald ihre Posten räumen müssen. Auch der Chef des Streitkräfteamts, Generalmajor Werner Weisenburger, der die Einstellung der Ermittlungen endgültig genehmigte, dürfte der Affäre zum Opfer fallen.

Am Nachmittag dann trat von der Leyen vor etwa hundert Generälen und zivilen Führungskräften auf, die sie eilig ins Ministerium gebeten hatte. Egal wo die 250 000 Bundeswehrangehörigen „dienen oder arbeiten – es ist ein unverzichtbarer Dienst für unser Land“. Dafür gebühre ihnen Dank und Anerkennung. „Ich wünsch-

te“, sagte die Ministerin, „ich hätte diese Sätze am Wochenende in dem Fünf-Minuten-Interview über den Rechtsextremisten vorweggesagt. Es tut mir leid, dass ich es nicht getan habe. Das bedauere ich.“

So etwas hatte bisher noch keiner der Generäle von der Chefin gehört. Eine Entschuldigung. Allen war damit klar, wie angeschlagen die Ministerin inzwischen ist. Auch dem SPIEGEL gegenüber räumt sie jetzt ein, dass sie einen Fehler gemacht haben könnte.

„Die drastisch verschärfte Sicherheitslage von der Krim über den IS bis Mali und die großen Reformen der Legislatur beim Personal, im Rüstungsbereich, bei den Finanzen, bei Cyber haben von Tag eins an viel Kraft und Aufmerksamkeit gekostet“, sagt sie, „heute wünsche ich mir, wir hätten uns ebenso früh und systematisch um verdeckte rechtsextreme Tendenzen gekümmert.“

Maik Baumgärtner, Sven Becker, Jörg Diehl, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein, Frank Hornig, Ann-Katrin Müller, Fidelius Schmid